

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
A. Einleitung	23
I. Relevanz der Thematik und Anknüpfungspunkte der Untersuchung	23
II. Stand der Forschung und Literatur sowie Forschungslücken	28
III. Forschungsfragen	41
IV. Methodik	42
V. Aufbau der Arbeit	44
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen: Die verfassungsrechtlichen Rechtspositionen des Kindes im Spannungsfeld zu Elternrechten und staatlichem Wächteramt	51
I. Verfassungsrechtliche Rechtspositionen des Kindes	52
1. Die Grundrechte des Kindes	52
a) Art. 6 Abs. 1 GG	52
b) Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG	54
c) Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG	58
d) Art. 6 Abs. 3 GG	59
e) Art. 6 Abs. 5 GG	60
f) Art. 2 Abs. 1 GG und Art. 1 Abs. 1 GG	60
g) Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	61
2. Verfassungsrechtliche Verfahrensrechte des Kindes	61
3. Spezielle Hürden bei der Ausübung von Grundrechten durch Minderjährige: Zur Grundrechtsfähigkeit und Grundrechtsmündigkeit	63
4. Einführung eines speziellen Kindergrundrechts?	65
a) Historische Entwicklung der Kindergrundrechte	66
b) Reformvorschläge	68
c) Fazit	71

5. Normierungen von Kinderrechten in Landesverfassungen	74
II. Die Grundrechte der Eltern	77
1. Art. 6 Abs. 1 GG	77
2. Art. 6 Abs. 2 GG	78
3. Art. 6 Abs. 3 GG	85
III. Das staatliche Wächteramt und verfassungsrechtliche Schranken des Elternrechts	86
1. Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG	86
2. Art. 6 Abs. 3 GG	90
3. Allgemeine Schutzpflichten aus Art. 2 Abs. 1 und Abs. 2 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 S. 2 GG	90
IV. Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts für die Gestaltung des familiengerichtlichen Verfahrens und zur Berücksichtigung des Kindeswohls und der Interessen des Kindes	91
V. Fazit	93
C. Völkerrechtliche und europäische Rechtsquellen und ihre Bedeutung für das familienrechtliche Umgangsverfahren in Deutschland	99
I. UN-Kinderrechtskonvention	99
1. Entwicklung und Rechtswirkung in Deutschland sowie Anknüpfungspunkte für die Untersuchung	99
2. Präambel	101
3. Kindeswohl und Kindeswille in der UN-Kinderrechtskonvention	103
4. Materielle Kinderrechte und Kinderverfahrensrechte	105
5. Elternrechte	106
6. Staatliches Wächteramt	107
7. Fazit	108
II. Europäisches Abkommen über die Ausübung von Kinderrechten	108
III. Europäische Menschenrechtskonvention und die Auswirkungen der Rechtsprechung des EGMR auf das Umgangsrecht des leiblichen, nicht rechtlichen Vaters	110

IV. Charta der Grundrechte der Europäischen Union	117
V. Fazit	118
D. Der Begriff des Kindeswohls als omnipräsender Bewertungsmaßstab im familiengerichtlichen Umgangsverfahren	121
I. Der Begriff des Kindeswohls	121
1. Herausforderungen bei der Begriffsbestimmung	122
2. Der Begriff des Kindeswohls im Familienrecht	125
a) Vorkommen des Kindeswohlbegriffs im Familienverfahrensgesetz und im Bürgerlichen Gesetzbuch	125
b) Der Kindeswohlbegriff der UN- Kinderrechtskonvention	128
c) Das Kindeswohlprinzip aus § 1697a BGB	128
3. Der Begriff der Kindeswohlgefährdung	129
4. Auswirkungen von Elternkonflikten	132
5. Fazit	134
II. Das Verhältnis von Kindeswohl und Kindeswille im Umgangsverfahren	135
1. Gegenstand des Kindeswillens	135
2. Einbeziehung des Kindeswillens	136
3. Der induzierte Kindeswille	142
4. Lösungsansatz: Die dreistufige Kindeswohlprüfung	150
5. Fazit	152
III. Die Definition des Kindeswohls	155
1. Bereits existierende Definitionsversuche	155
a) Juristische Definitionen	156
b) Definitionen anderer Professionen	156
2. Eigener Definitionsversuch: Der Kindeswohlbegriff im Umgangsverfahren	158

E. Der verfahrensrechtliche Handlungsrahmen des Familiengerichts	161
I. Das Kind im Verfahren: Die Unterscheidung zwischen formeller Beteiligung nach § 7 FamFG und Verfahrensfähigkeit nach § 9 FamFG	161
II. Das Kind im Verfahren: Die richterliche Kindesanhörung gemäß § 159 FamFG	165
1. Bedeutung der Kindesanhörung und Vorkommen	165
2. Gesetzeshistorie	167
3. Meinungsstand zur Kindesanhörung vor der Gesetzesänderung	171
4. Gesetzesänderung durch das Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder	172
5. Zwischenfazit	175
6. Rahmenbedingungen der Kindesanhörung	176
a) Bisheriger Meinungsstand: Forderungen nach einer Aus- und Fortbildungspflicht der Familienrichterschaft sowie einer Änderung der Besetzung des Familiengerichts	176
b) Gesetzesneuerungen	179
c) Fazit	180
7. Gestaltung der Kindesanhörung	182
8. Konsequenzen der Gesetzesneuerungen: Anforderungen an die Kindesanhörung und an die Verschaffung eines persönlichen Eindrucks vom Kind bei Kindern unter drei Jahren	184
III. Die Elternanhörung nach § 160 FamFG und die Hinzuziehung von Pflegepersonen im Interesse des Kindes nach § 161 FamFG	185
IV. Das familienrechtliche Vorrang- und Beschleunigungsgebot aus § 155 FamFG	186
V. Die familiengerichtlichen Aufträge und Handlungsbefugnisse gemäß § 156 FamFG	191
1. § 156 Abs. 1 S. 1 FamFG	191
2. § 156 Abs. 1 S. 2 bis S. 5 FamFG	194
3. § 156 Abs. 2 FamFG	197

4. § 156 Abs. 3 FamFG	199
VI. Das Erörterungsgespräch nach § 157 FamFG	200
VII. Das gerichtliche Umgangsvermittlungsverfahren nach § 165 FamFG	201
VIII. Das Beschwerderecht des Kindes gemäß § 60 S. 1 FamFG	203
IX. Druckmittel zur Umsetzung einer Umgangsregelung: Ordnungs- und Zwangsmittel nach §§ 89 f. FamFG bei Umgangsverweigerung und Schadensersatz wegen Verletzung einer Umgangsregelung nach § 266 FamFG	203
1. Keine Ordnungs- und Zwangsmittel gegenüber dem Kind	204
2. Ordnungs- und Zwangsmittel gegenüber den Eltern	204
3. Keine Ordnungs- und Zwangsmittel gegenüber dem Jugendamt	208
4. Schadensersatz wegen Verletzung einer Umgangsregelung nach § 266 Abs. 1 Nr. 5 FamFG	209
X. Fazit	210
F. Der materiellrechtliche Handlungsrahmen des Familiengerichts	215
I. Rechtsstellung der Umgangsberechtigten	215
1. Kind	215
2. Rechtliche Mutter und soziale Mutter	216
3. Rechtlicher Vater, leiblicher, nicht rechtlicher Vater und sozialer Vater	218
II. Rechtsgrundlagen zur kindeswohlorientierten Ausübung des Umgangsrechts	221
1. Wohlverhaltensklausel	221
2. Umgangspflegschaft	224
3. Der begleitete Umgang	227
4. Anforderungen an einen Umgangsausschluss	232
III. Schadensersatz bei Vereitelung des Umgangs durch einen Elternteil	233
IV. Die Anordnung eines paritätischen Wechselmodells als familiengerichtliche Umgangsregelung	235
V. Fazit	238

G. Zusammenarbeit mit dem Jugendamt: Das Jugendamt im Spannungsfeld zwischen Beratung, Mitwirkung, Unterstützung und Finanzierung	241
I. Struktur des Jugendamtes und Rechtsgrundlagen	241
II. Die Rolle des Jugendamts im Wandel der Zeit: Vom Eingreifer zum Unterstützer	253
III. Die Beratung des Jugendamtes	257
IV. Die Rolle des Jugendamtes im Umgangsverfahren	266
1. Verhältnis zum Familiengericht und Rollenverständnis	266
2. Aufgaben und Beteiligung	269
V. Kostentragung und Anordnungscompetenz für die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe	272
VI. Fazit	280
H. Die Interessenvertreter von Kind und Eltern: Der Verfahrensbeistand als „Anwalt des Kindes“ und die Rechtsanwälte der Eltern	285
I. Der Verfahrensbeistand als „Anwalt des Kindes“	285
1. Entwicklung des Instituts des Verfahrensbeistands und Neuerungen	285
2. Bestellung des Verfahrensbeistands	288
3. Erforderliche Qualifikationen	290
4. Die Aufgaben, Funktionen und die Rolle des Verfahrensbeistands im familienrechtlichen Umgangsverfahren	292
5. Vergütung	298
6. Fazit	302
II. Die Rechtsanwälte der Eltern und ihre Rolle im Verfahren	303
1. Die Rolle der Rechtsanwaltschaft im Umgangsverfahren: Zwischen Interessenvertretung und Vermittlung	303
2. Der anwaltliche Verfahrensstil: Anforderungen an Schriftsätze in Umgangsverfahren	306
3. Elternvereinbarungen	308

4. Exkurs: Elternvereinbarungen in der notariellen Praxis – Umgangs- und Konfliktlösungsregelungen in notariellen Eheverträgen und Trennungs- und Scheidungsvereinbarungen	309
5. Einbindung der Rechtsanwälte in die Trennungs- und Scheidungsberatung des Jugendamtes	313
6. Die Rolle der Rechtsanwälte im Umgang mit Sachverständigengutachten	314
7. Fazit	314
I. Der Sachverständige im Umgangsverfahren	317
I. Qualifikationserfordernisse	317
II. Anforderungen an Gutachten im am Kindeswohl ausgerichteten Umgangsverfahren	319
III. Mitwirkung des Kindes und der Eltern	321
IV. Der Schlichtungsauftrag des Sachverständigen bei der Erstellung lösungsorientierter Gutachten	323
V. Fazit	326
J. Gerichtliche Kooperationsmodelle: Gestaltungsformen interdisziplinärer Kooperationen im familiengerichtlichen Umgangsverfahren	329
I. Voraussetzungen interdisziplinärer Kooperation	329
II. Bestehende Kooperationen in Umgangsverfahren in den einzelnen Bundesländern	330
1. Baden-Württemberg	330
2. Bayern	334
3. Hamburg	335
4. Nordrhein-Westfalen	337
5. Rheinland-Pfalz (Das Cochemer Modell)	338
6. Thüringen	339
7. Die übrigen Bundesländer / Andere Kooperationsmodelle	340
III. Fazit	343

K. Die Einbindung von Mediation in das familiengerichtliche Verfahren	347
I. (Familien-)Mediation	347
1. Definition	347
2. Voraussetzungen	348
3. Bedeutung	349
4. Einbeziehung des Kindes	351
II. Die Verknüpfung von Umgangsverfahren und Mediation (außergerichtliche Mediation)	354
III. Mediation im Gericht: Das Güterichterverfahren	357
IV. Finanzierung	359
a) Mediation durch das Jugendamt	359
b) Mediation durch freie Mediatorinnen und Mediatoren	360
c) Güterichterverfahren	361
V. Unterschiede zwischen institutionell verzahnten und unabhängigen Mediationsangeboten	362
VI. Veränderungen durch die Corona-Pandemie: Die Onlinemediation	365
VII. Fazit	366
L. Ergebnisse der Arbeit	369
I. Zusammenfassung	369
1. Verfassungsrechtliche Erwägungen	369
2. Untersuchungsrelevante internationale und europäische Rechtsquellen	371
3. Der Begriff des Kindeswohls im Umgangsrecht	372
4. Die Handlungsaufträge des Familiengerichts nach dem Umgangsverfahrensrecht	375
5. Das materielle Umgangsrecht als Grundlage zur kindeswohlorientierten familiengerichtlichen Umgangsentscheidung	378
6. Das Jugendamt	379
7. Der Verfahrensbestand	382
8. Die Rechtsanwälte der Eltern	383

9. Der Sachverständige	384
10. Modelle interdisziplinärer Kooperation in Umgangsverfahren	384
11. Einbindung von Mediation	385
II. Beantwortung der Forschungsfragen	386
III. Handlungsempfehlungen an den Gesetzgeber und Forschungsdesiderate	392
IV. Ausblick	394
Literaturverzeichnis	397